

Fragen an Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel zur Kommunalwahl am 14.03.2021

Themenbereich: Inklusion an Schulen und Bildungsgerechtigkeit

1) Barrierefreiheit in Schulgebäuden

a) Wie schätzen Sie die Barrierefreiheit in den Gebäuden der öffentlichen Schulen in der Stadt Kassel ein?

Antwort von Bündnis 90 / Die Grünen:

Viele Schulen und Kitas sind bereits barrierefrei bzw. teil-barrierefrei. Bei jeder Sanierungs- bzw. Umbaumaßnahme wird die Barrierefreiheit berücksichtigt, mitgeplant und umgesetzt. Bei Neubauten ist das die Regel. Wir folgen dem Prinzip: Die Barrierefreiheit folgt dem Kind/der Schüler*in. Das bedeutet: Entsteht an einer Einrichtung ein Bedarf, so wird die Barrierefreiheit jeweils kurzfristig hergestellt. Wenn dies kurzfristig nicht möglich ist, werden andere Lösungen gesucht, wie es das in der UN-Behindertenrechtskonvention vorgesehene Prinzip der angemessenen Vorkehrung vorsieht.

Antwort der CDU:

Die Barrierefreiheit ist ein wichtiges Thema, welches im Neubaubereich regelhaft berücksichtigt wird. Im Bereich der Bestandsgebäude hat es in den letzten Jahren zahlreiche Umbaumaßnahmen gegeben, um Barrierefreiheit nachträglich sicherzustellen. Wir treten dafür ein, dass alle öffentlichen Gebäude barrierefrei zugänglich sind.

Antwort von Die Linke:

Da liegt in Kassel noch viel im Argen, der Sanierungsstau ist generell hoch. Wir fordern ein umfassendes und vor allem schnelles Schul-Sanierungsprogramm in den Händen der Stadt Kassel, wo neben anderen Aspekten wie Hygiene ein Fokus auf Barrierefreiheit gelegt werden soll. Wir unterstützen die Forderung nach einem Sondervermögen Bildung von Seiten des Landes Hessen, um diesen und weitere Aspekte zu finanzieren.

Antwort der FDP:

Antwort der Freie Wähler:

Antwort der **SPD**:

Wir sind insgesamt auf einem guten Weg. Bei jeder Sanierungs- und Neubaumaßnahme an öffentlichen Gebäuden wird auf die Barrierefreiheit geachtet. Hierzu gibt es einen politischen Beschluss. Zusätzlich gibt es die Möglichkeit, kurzfristig Baumaßnahmen einzuleiten, wenn in einer städtischen Einrichtung die Barrierefreiheit nicht gegeben sein sollte, sie aufgrund von bspw. Schulanmeldungen aber nötig ist.

b) In welchem Jahr sollen alle Schulgebäude in der Trägerschaft der Stadt / des Landkreises einen barrierefreien Eingang als Mindestausstattung haben?

Antwort von **Bündnis 90 / Die Grünen**:

Die zeitliche Projektierung werden im Gebäude-Sanierungs-Plan und im Schulentwicklungsplan festgeschrieben. Wir bitten, die detaillierten Informationen dort zu entnehmen, ebenso die jeweiligen Aktualisierungen.

Antwort der **CDU**:

Wir streben barrierefreie Zugänge so schnell wie möglich an. Bei der Vielzahl an Sanierungsprojekten lässt sich ein Zeitpunkt seriös leider nicht nennen.

Antwort von **Die Linke**:

Aus unserer Sicht könnte das sehr schnell passieren, wenn der politische Wille vorhanden wäre und das nötige Geld in die Hand genommen würde, wobei eins mit dem anderen zusammenhängt. Unsere Forderung ist deshalb, diese Mindestausstattung innerhalb eines Jahres sicherzustellen.

Antwort der **FDP**:

Antwort der **Freie Wähler**:

Antwort der **SPD**:

Ein fester Zeitpunkt kann aufgrund der hohen Anzahl an Gebäuden (über 50 Schulen in der Stadt Kassel mit tlw. mehreren Gebäuden) aktuell nicht genannt werden. Wir arbeiten daran, so schnell wie möglich alle städtischen Schulgebäude barrierefrei zu gestalten. In den letzten 10 Jahren haben wir über 130 Mio. € in den Schulbau investiert, somit auch in die Barrierefreiheit.

c) Bis wann wollen Sie die Anforderungen, die durch Soziales Lernen, Binnendifferenzierung, Gruppenarbeit, Ganztagsunterricht an die Raumkonzepte gestellt werden, in den Schulen verwirklichen?

Antwort von **Bündnis 90 / Die Grünen:**

Bei allen Neubauten und Sanierungen, die z.B. im Kontext der Schulsanierungen durch die GWGpro geplant sind (Offene Schule Waldau, Hegelsbergschule, Johann-Amos-Comenius-Schule, Georg-August-Zinn-Schule, Elisabeth-Knippling-Schule) werden diese Anforderungen in Abstimmung mit der Schulgemeinde berücksichtigt. Ebenso werden sie bei dem Aus- und Neubau der Grundschulen berücksichtigt, von insgesamt 27 Grundschulen sind 19 im Ganztags, weitere Grundschulen sind im Antragsverfahren. Ergänzend zu der gestellten Frage wird der Ausbau von Mensen, als eine zentrale Voraussetzung für den Ganztagsunterricht, forciert.

Antwort der **CDU:**

Die Anforderungen werden selbstverständlich in enger Zusammenarbeit mit den Schulen in allen Planungsphasen berücksichtigt. Dies betrifft sowohl Neubau- als auch Sanierungsmaßnahmen. Insbesondere durch Landes- und Bundesmitteln ist es in den vergangenen Jahren gelungen, über 100 Millionen Euro in den Schulbau zu investieren.

Antwort von **Die Linke:**

Auch diese (baulichen) Anforderungen könnten mit dem nötigen Willen und ausreichenden finanziellen Mitteln zeitnah umgesetzt werden. Wir erinnern uns noch gut, wie bei der Bankenrettung vor 10 Jahren über Nacht Milliarden verfügbar waren. Unsere Forderung ist ein unmittelbar startendes Sanierungs-Sofortprogramm, wo neben Hygiene und Digitalisierung auch Inklusion einen Fokus haben soll. So könnte im Laufe dieser Legislatur die genannten Anforderungen umgesetzt werden.

Antwort der **FDP:**

Antwort der **Freie Wähler:**

Antwort der **SPD:**

Wir haben durch die Gründung der städtischen Projektentwicklungsgesellschaft GWGpro erreicht, dass 7 Schulen (OSW, Hegelsberg-Schule, GAZ, Comenius-Schule, Elisabeth-Knippling-Schule, WG, FG) in den nächsten Jahren grundsaniert, erweitert oder gar komplett neu errichtet werden. Mit der vorgeschalteten Planungsphase „Null“ werden mit der Schulgemeinde (Schüler*innen, Eltern und Lehrer*innen) gemeinsam die Anforderungen für die Schule von morgen unter den aktuellsten pädagogischen Erkenntnissen entwickelt, die anschließend baulich verwirklicht werden.

2) Das Hessische Schulgesetz sieht seit 2011 vor, dass alle Kinder (mit und ohne Behinderung) eine allgemeine Schule besuchen. Die Eltern von Kindern mit Behinderung / Förderbedarf können aber auch eine Förderschule wählen.

a) Glauben Sie, dass Eltern schon heute eine echte Wahl haben mit gleichwertigen Bedingungen für Kinder mit Behinderung / Förderbedarf an den Förderschulen und den allgemeinen Schulen?

Antwort von Bündnis 90 / Die Grünen:

Nein, leider noch nicht, denn eine echte Wahl setzt umfangreiche räumliche, personelle und infrastrukturelle Rahmenbedingungen voraus. Wir sind bei der Umsetzung der UN-Menschenrechtskonvention auf dem Weg, aber noch lange nicht am Ziel. Deshalb braucht es weiterhin das Engagement vieler Akteur*innen, um dieses Ziel zu erreichen.

Antwort der CDU:

Nein, leider noch nicht, denn eine echte Wahl setzt umfangreiche räumliche, personelle und infrastrukturelle Rahmenbedingungen voraus. Wir sind bei der Umsetzung der UN-Menschenrechtskonvention auf dem Weg, aber noch lange nicht am Ziel. Deshalb braucht es weiterhin das Engagement vieler Akteur*innen, um dieses Ziel zu erreichen.

Antwort von Die Linke:

Ihre Antwort: Nein, solange die allgemeinbildenden Schulen aus baulichen oder Ressourcen-Gründen Kinder abweisen bzw. wegpfehlen können, ist das nicht gegeben.

Antwort der FDP:

Antwort der Freie Wähler:

Antwort der SPD:

Solange das Land Hessen nicht mehr Personal für das inklusive Arbeiten an Regelschulen zur Verfügung stellt, haben sie häufig noch keine echte Wahl.

b) Braucht es auf lange Sicht weiterhin Förderschulen? Wenn ja, warum?

Antwort von Bündnis 90 / Die Grünen:

Solange die Rahmenbedingungen in Regelschulen noch nicht ausreichend vorhanden sind, setzen wir uns dafür ein, dass für jeden Förderschulzweig ein Angebot vorgehalten wird. Darüber hinaus ist der Elternwille ein entscheidender Faktor für die weitere Entwicklung.

Antwort der CDU:

Ja, weil nicht 100 Prozent der behinderten Kinder inklusiv beschult werden können.

Antwort von **Die Linke:**

Bis genügend Personal sowie bauliche und sonstige Ressourcen vorhanden sind, um sämtliche Förderschwerpunkte umfassend in den allgemeinbildenden Schulen abzubilden, sind sie wohl notwendig, um Schüler*innen in ihrer Heterogenität gerecht werden zu können. Langfristig wollen wir jedoch eine Schule für alle – inklusiv, gut ausgestattet und entsprechend baulich vorbereitet, mit kleinen Klassen sowie genügend Ressourcen und Personal. Dann würden Förderschulen nicht mehr benötigt.

Antwort der **FDP:**

Antwort der **Freie Wähler:**

Antwort der **SPD:**

Generell stehen wir für eine Schule für alle, in der alle Kinder die bestmögliche individuelle Unterstützung und Förderung erhalten. Solange allerdings die Voraussetzungen für eine optimale individuelle Unterstützung jedes einzelnen Kindes nicht gegeben ist (s. Frage 2a), können wir den Wunsch von Eltern nach eigenständigen Förderschulformen verstehen und werden deshalb so lange ein entsprechendes Förderschulangebot in der Stadt Kassel anbieten.

c) Was kann die Stadt Kassel tun, dass die Eltern, die ihren Wunsch nach einer inklusiven Beschulung vorbringen, seltener von Verantwortlichen in den Schulen Folgendes zu hören bekommen: „Sie müssen aber wissen, dass wir hier kaum Ressourcen für inklusiv beschulte Kinder haben“.

Antwort von **Bündnis 90 / Die Grünen:**

Welche Ressourcen sind gemeint: räumliche, personelle?

Wir werden die vorhandene unabhängigen Beratungsstelle erhalten und ausbauen, die notwendigen räumlichen Rahmenbedingungen schaffen, die Kooperation zwischen der Jugendhilfe und dem Staatlichen Schulamt intensivieren, dem Land die erforderlichen personellen Ressourcen rückmelden.

Antwort der **CDU:**

Wie schon gesagt, werden die Ressourcen derzeit erweitert. Der Elternwille ist für uns, neben dem Kindeswohl, ein entscheidendes Kriterium in der Schulpolitik.

Antwort von **Die Linke:**

Ein erheblicher Grund für diese Aussage sind die Finanzausstattung der Kommunen und der Mangel an FörderschullehrerInnen. Inklusion wird in Hessen als Sparprogramm umgesetzt. Aber auch auf Stadtebene fehlt es, sowohl was die inklusionsgerechte Gebäudeausstattung betrifft, als auch im Hinblick auf Ressourcen für die Schulsozialarbeit. Das ist einer der Gründe warum immer weniger Menschen bereit sind sich kommunalpolitisch zu betätigen. Die Gestaltungsmöglichkeiten sind in den letzten Dekaden rapide

Fragen an Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel
zur Kommunalwahl am 14.03.2021

geschrumpft. Als Linke fordern wir auf Bundesebene seit langem die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, um eine angemessene Ausstattung der Kommunen zu gewährleisten.
Antwort der FDP :
Antwort der Freie Wähler :
Antwort der SPD : Wichtig ist aus unserer Sicht die Vernetzung aller Akteur*innen inklusive dem Kasseler Bündnis Inklusion e.V. Gemeinsam mit politischen Akteur*innen und Lehrer*innenverbände in Stadt und Land muss die Ressourcenfrage stetig gegenüber den politischen Verantwortlichen in Wiesbaden artikuliert werden. Da die Stadt Kassel selber an den Personalressourcen der Schulen nur am Rande etwas verändern kann (bspw. Ausbau der Schulsozialarbeit), muss die Forderung nach mehr Ressourcen für inklusive Bildung fortwährend auf der Landesebene vorgebracht werden.
d) Wie kann die Stadt Kassel Eltern dabei unterstützen, wenn sie für ihr Kind (mit Behinderung / Förderbedarf) die Entscheidung treffen müssen, ob sie eine inklusive Beschulung oder den Besuch einer Förderschule wählen?
Antwort von Bündnis 90 / Die Grünen : Durch die bereits angesprochene Beratungsstelle können Eltern unterstützt werden, ebenso durch das Beratungs- und Förderzentrum der Stadt Kassel. Zudem ist es wichtig, dass die Stadt und das Land weiterhin konsequent daran arbeiten, die entsprechenden Rahmenbedingungen für die schulische Inklusion zu schaffen.
Antwort der CDU : Die Stadt steht hier für individuelle Beratung bereit.
Antwort von Die Linke : Die Stadt kann sowohl über das Jugendamt beraten, als auch die unabhängige Beratungsstelle des Inklusionsbündnisses wie Ihnen unterstützen. Diese müsste auskömmlich mit städtischen Geldern bezuschusst werden.
Antwort der FDP :
Antwort der Freie Wähler :

Antwort der **SPD**:

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass eine unabhängige Beratungsstelle für Eltern („Kasseler Bündnis Inklusion e.V.“) entstehen kann und von der Stadt Kassel finanziell unterstützt wird. Um dieses Angebot weiterzuentwickeln und weitere Angebote anzubieten, stehen wir gerne für Gespräche bereit.

3) Welche Ideen haben Sie, wie -trotz unterschiedlicher Zuständigkeiten und Kostenträgerschaft- die Verzahnung von Individualhilfen (z. B. Schülern assistenz) mit der Arbeit der Schulen besser gelingen kann?

Antwort von **Bündnis 90 / Die Grünen**:

Wir müssen immer wieder dafür sorgen, dass die verschiedenen Akteur*innen an einen Tisch gebracht und gemeinsam nach Lösungen gesucht werden. Diese müssen zum einen den individuellen Bedürfnissen der Schüler*innen und Eltern gerecht werden, andererseits für nachhaltige strukturelle Veränderungen sorgen. Hierfür werden wir uns weiterhin einsetzen.

Antwort der **CDU**:

Wir unterstützen alle Bestrebungen, die hier handelnden Akteure entsprechend zu verzahnen und zu vernetzen mit dem Ziel, Aktivitäten zielgerichtet zu bündeln.

Antwort von **Die Linke**:

Das Problem liegt in erheblichem Maß in der Organisation der Assistenz. Durch überwiegend prekäre Beschäftigung und Bezahlung, die nicht existenzsichernd ist, sind Assistenzen nicht zu besetzen. Wenn wir Inklusion wollen, müssen wir auch die damit verbundenen Kosten tragen. Deshalb muss die Assistenz so geordnet werden, dass Assistent*innen über eine Mindestqualifikation verfügen und sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse entstehen. Das kann aber nur passieren, wenn das ständige Gerangel um Finanzierung, Trägerschaft und Töpfe endet.

Antwort der **FDP**:

Antwort der **Freie Wähler**:

Antwort der **SPD**:

Trotz unterschiedlicher Zuständigkeiten braucht es für Schüler*innen, Eltern und Schulen eine zentrale Anlaufstelle, die mit ihrer Kompetenz und ihren Vernetzungsaktivitäten alle relevanten Einrichtungen zusammenbringt und somit auch bürokratische Hürden abzubauen hilft.

4) Der Trend zu den Privatschulen ist (aus unterschiedlichen Gründen) ungebrochen.

a) Bereitet Ihnen dies Sorge?

Antwort von Bündnis 90 / Die Grünen:

Eine Träger- und Schulvielfalt ist Ausdruck einer demokratischen Gesellschaft. Einige Privatschulen repräsentieren ein spezifisches Schulprofil und werden deshalb von Eltern angewählt.

Sofern damit eine Selektion der Schüler*innenschaft verbunden ist, müssen genügend Alternativen im öffentlichen Schulsystem vorhanden sein. Einen Überblick ermöglicht der Schulentwicklungsplan.

Antwort der CDU:

Wir stehen für eine große Bandbreite schulischer Bildung, für Schulvielfalt und Wahlfreiheit. Wir begrüßen ein breites Angebot an unterschiedlichen Schulformen und Trägern. Das schließt selbstverständlich auch Privatschulen mit ein.

Antwort von Die Linke:

Ja, weil sie soziale Ungleichheit zwischen Schüler*innen weiter verschärfen und nur sehr bedingt unter demokratischer Kontrolle stehen. Auch aus gewerkschaftlicher Sicht sind Privatschulen problematisch, da die Kolleg*innen dort selten in Tarifbindung angestellt sind.

Antwort der FDP:

Antwort der Freie Wähler:

Antwort der SPD:

Teilweise: Unter Privatschulen fallen im allgemeinen Sprachgebrauch auch solche Schulen, die sich durch besondere (reform-)pädagogische Ansätze auszeichnen und die in einigen Bereichen deshalb eine sinnvolle Ergänzung des staatlichen Regelschulwesens darstellen können. Allerdings gibt es auch einen Trend zu privaten Schulen, die weniger einen gesamtgesellschaftlichen pädagogischen Mehrwert aufweisen, sondern stattdessen zur Segregation im Bildungssystem und der Gesellschaft beitragen. Dies halten wir als Sozialdemokrat*innen für äußerst bedenklich. Wir setzen uns dafür mit aller Kraft für ein leistungsfähiges staatliches Schulwesen ein.

b) Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, damit öffentliche Schulen attraktiver für Menschen werden, die derzeit ihre Kinder auf einer Privatschule anmelden?

Antwort von Bündnis 90 / Die Grünen:

Diese Frage bitte ich zu differenzieren – warum sollten Eltern ihre Kinder nicht auf einer Privatschule anmelden? In erster Linie sprechen Kostengründe dagegen, da auf Privatschulen in Hessen Schulgeld bezahlt werden muss. Dies könnte – wie in anderen Bundesländern – auf Landesebene geändert werden.

Die Attraktivität unserer öffentlichen Schulen definiert sich über die räumliche und personelle Ausstattung, das Schulprofil, das Engagement der Schulgemeinde – der Schulträger unterstützt die qualitative und quantitative Entwicklung in all seinen Zuständigkeitsbereichen.

Antwort der CDU:

Die Entscheidung der Eltern in Bezug auf die Schulwahl erfolgt sicherlich individuell. Keinesfalls bedeutet dies, dass öffentliche Schulen unattraktiv sind.

Antwort von Die Linke:

Unser Ziel ist eine Schule für alle, also die Abschaffung der Selektion bereits nach der vierten Klasse. Das beinhaltet für uns auch die Abschaffung von Privatschulen. Wir wollen demokratische Schulen mit kleinen Lerngruppen sowie genügend Ressourcen und Personal, sodass diese für alle attraktiv ist. Dies beinhaltet für uns auch Versuchsschulen, die reformpädagogische Ansätze erproben und Vorarbeit leisten können.

Antwort der FDP:

Antwort der Freie Wähler:

Antwort der SPD:

Unser Ziel ist die Schaffung der modernsten Schulen Nordhessens. Mit dem kommunalen Schulbausanierungsprogramm (s. Frage 1c) werden wir Schulen nach den modernsten Standards sanieren oder gar neu errichten. Wir wollen diese Bauoffensive zugleich mit der Stärkung der pädagogischen Arbeit an den Schulen im Sinne des Gedankens eines Bildungscampus verbinden und die Attraktivität unserer städtischen Schulen so weiter verbessern. Nur wenn an staatlichen Schulen Lehr-/Lern-Umgebungen vorzufinden sind, die Schüler*innen und Eltern überzeugen, werden wir eine weitere Abwanderung ins Privatschulsystem verhindern und gleichzeitig den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

**5) Laut der Zahlen im Schulentwicklungsplan der Stadt Kassel für das Schuljahr 2017/2018 wählten weniger als 20 % der Viertklässler in der Grundschule Am Wall ein Gymnasium, während im selben Jahr dagegen über 70 % der Grundschüler z. B. in der Schule am Heideweg ein Gymnasium wählten.
Dies ist:**

ein Ausdruck fehlender Chancengerechtigkeit in unserer Gesellschaft.

Antwort von Bündnis 90 / Die Grünen:	<input checked="" type="checkbox"/> ja () nein
Antwort der CDU:	() ja <input checked="" type="checkbox"/> nein
Antwort von Die Linke:	<input checked="" type="checkbox"/> ja () nein
Antwort der FDP:	() ja () nein
Antwort der Freie Wähler:	() ja () nein
Antwort der SPD:	<input checked="" type="checkbox"/> ja () nein

ein Zeichen für einen Mangel an frühkindlicher Bildung und ausreichender Unterstützung in Kitas und Grundschulen.

Antwort von Bündnis 90 / Die Grünen:	() ja <input checked="" type="checkbox"/> nein
Mein Hinweis: Kitas und Grundschulen in einem Zug zu nennen, verfälscht das Bild!	
Antwort der CDU:	() ja <input checked="" type="checkbox"/> nein
Antwort von Die Linke:	() ja () nein
Antwort der FDP:	() ja () nein
Antwort der Freie Wähler:	() ja () nein
Antwort der SPD:	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein

Hier scheint insgesamt eine etwas differenzierte Antwort notwendig:

Die Einrichtungen der frühkindlichen Bildung in der Stadt Kassel leisten eine gute pädagogische und Bildungsarbeit. Sie sind dabei sehr engagiert, Kinder individuell zu unterstützen und sie auf ihren Bildungsweg vorzubereiten. Allerdings ist auch klar, dass leider nicht alle Kinder in den Genuss hiervon kommen. Wir stehen deshalb als SPD für den weiteren Ausbau frühkindlichen Bildung ein. Wir werden in den nächsten Jahren jährlich kontinuierlich 500 neue Plätze schaffen. Weiterhin wollen wir die Anzahl von Kindern aus von Armut gefährdeten oder sich im Leistungsbezug befindenden Familien in den Kitas verbessern, die derzeit leider im Vergleich zu anderen Gruppen unterrepräsentiert sind. Da die Wurzeln von Ungleichheit bereits in den ersten Lebensjahren gelegt werden, ist der Ausbau der frühkindlichen Bildung von besonders hoher Priorität!

ein Problem, das in den Elternhäusern im Stadtteil Wesertor gelöst werden muss.	
Antwort von Bündnis 90 / Die Grünen:	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein
Antwort der CDU:	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Antwort von Die Linke:	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein
Antwort der FDP:	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Antwort der Freie Wähler:	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Antwort der SPD:	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein

6) Bildungsgerechtigkeit

a) Erscheint Ihnen der Zeitpunkt der Entscheidung über den weiteren Bildungsweg am Ende der vierten Klasse zu früh?

Antwort von **Bündnis 90 / Die Grünen:**

Ja, das dreigliedrige Schulsystem befördert Selektion und keine Integration bzw. Inklusion.

Antwort der **CDU:**

Nein.

Antwort von **Die Linke:**

Definitiv. Wir stehen deshalb für die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystem und für eine Schule für alle – wohnortnah, inklusiv, in kleinen Klassen und mit ausreichend Ressourcen und Personal.

Antwort der **FDP:**

Antwort der **Freie Wähler:**

Antwort der **SPD:**

Ja, besser wäre eine Grundschule bis einschließlich Klasse 6 und eine sich an die Grundschulzeit anschließende Integrierte Gesamtschule für alle Kinder.

b) Was kann die Stadt Kassel tun, damit der Bildungserfolg für alle Kinder möglich und weniger vom Elternhaus abhängig ist?

Antwort von **Bündnis 90 / Die Grünen:**

Stärkung der frühkindlichen Bildung, Ausbau der Ganztagschulen, Kooperation der Hortarbeit mit dem Pakt am Nachmittag, Ausbau der Schulsozialarbeit, Unterstützung für Kinder mit besonderen Bedarfen in Kita und Schule, quantitativer und qualitativer Ausbau der Schulen und Kitas.

Antwort der **CDU:**

Die bestehenden Schulförderprogramme tragen zum wachsenden Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler bei. Neben der städtischen Förderung existieren auch umfangreiche Landes- und Bundesprogramme zu diesem Zweck.

Antwort von **Die Linke:**

Einerseits Schulen so ausstatten, dass diese so gut wie möglich soziale Unterschiede zwischen Kindern verschiedener Elternhäuser ausgleichen können (sodass diese in der Schule keine Rolle spielen), andererseits alle sozialpolitische Unterstützung dem Elternhaus zukommen lassen – dazu gehört aus unserer Sicht ein kommunales Investitionsprogramm in Bereiche wie Bildung, Kultur und Soziales, die Einführung einer sanktionsfreien Mindestsicherung, der kostenlose ÖPNV, ...

Antwort der **FDP:**

Antwort der **Freie Wähler:**

Antwort der **SPD:**

Den Kitausbau vorantreiben (500 neue Plätze pro Jahr; s. auch Frage 5b) und die Qualität bspw. durch zusätzliche Sozialarbeit verbessern. Weiterhin Hilfsangebote für Eltern stärken, wie z.B. das „Familiennetzwerke“.

Im schulischen Bereich werden wir weiter am Ausbau der Schulsozialarbeit arbeiten und dafür Sorge tragen, dass Schulen, die sich auf dem Weg zur Ganztagschule befinden, hierfür die nötigen baulichen Voraussetzungen erhalten.

c) Manche Schulen sind stärker mit sozialen Problemen der Schülerinnen und Schüler / deren Familien belastet als andere und bräuchten auch mehr Unterstützung. Wie kann die Stadt Kassel dabei helfen?

Antwort von **Bündnis 90 / Die Grünen:**

s.o. (Stärkung der frühkindlichen Bildung, Ausbau der Ganztagschulen, Kooperation der Hortarbeit mit dem Pakt am Nachmittag, Ausbau der Schulsozialarbeit, Unterstützung für Kinder mit besonderen Bedarfen in Kita und Schule), Diese Unterstützungssysteme sollen gezielt, in Stadtteilen mit besonderen Belastungen, ausgebaut bzw. implementiert werden

Antwort der **CDU**:

Die Stadt Kassel bemüht sich regelmäßig darum, in so genannten Brennpunktschulen durch zusätzliche Sozialarbeit zu helfen. Dies wird von uns unterstützt.

Antwort von **Die Linke**:

In der Praxis sind viele Kasseler Gesamtschulen in einem erbarmungswürdigen baulichen Zustand und genau diese sind es, in denen besonders gehäuft Schülerinnen und Schüler anzutreffen sind, die einen Migrationshintergrund haben, deren Elternhäuser ein niedriges Einkommen und/oder prekäre Beschäftigungsverhältnisse haben und in problematischen Wohnverhältnissen leben. Gerade diese Schulen benötigen sowohl zügige und großflächige Grundsanierungen bzw. Neubauten, die auch inklusionsgerecht ausgestaltet sein müssen, als auch einen deutlich stärkeren Ausbau der Schulsozialarbeit mit unbefristeten Stellen direkt bei der Stadt Kassel und nicht ausgegliedert, wie es teilweise immer noch der Fall ist.

Das Problem stellt sich aber noch grundsätzlicher: Momentan sehen wir eine Spaltung der Kasseler Schullandschaft, die entlang der Grenzen zwischen armen und wohlhabenden Stadtteilen verläuft. Im Kasseler Osten wurde mit der Eichendorffschule 2014 eine wichtige Gesamtschule geschlossen, hier fehlt nun ein ganzer Schulstandort.

Heterogene Lerngruppen, die die ganze Bandbreite von Lernvoraussetzungen und Leistungsstand abbilden und damit letztlich auch eine Voraussetzung für gelingende Inklusion sind, gibt es oft nur begrenzt, weil einen erheblichen Teil der leistungsstärkeren Schülerinnen und Schüler die Gymnasien absaugen. Diesem Trend muss entschieden durch eine Stärkung der Gesamtschulen und langfristig durch die Abschaffung des Gymnasiums als eigenständiger Schulform in der Sekundarstufe I entgegengewirkt werden.

Aber auch die Gesamtschulen selber müssen weiterentwickelt werden: von der momentan noch anzutreffenden Kooperativen Gesamtschule, bei der sich in der Praxis Inklusion meistens in erster Linie im Hauptschulzweig abspielt hin zur Integrierten Gesamtschule, die es mit entsprechender räumlicher und personeller Ausstattung sowie zeitgemäßen pädagogischen Konzepten tatsächlich schafft, mit einem Mix aus individuellem Lernen, Lernen in Projekten und der Arbeit in festen Bezugsgruppen gelingende Bildungsprozesse für alle zu ermöglichen.

Antwort der **FDP**:

Antwort der **Freie Wähler**:

Antwort der SPD:

Wir werden die Schulsozialarbeit weiter ausbauen. Wichtig ist, dass in den Schulen multiprofessionelle Teams arbeiten, die Schüler*innen und den Familien passgenau unterstützen können. Problematisch erscheint leider auch hier, dass die nötigen Ressourcen hierfür nicht ausschließlich von der Stadt zur Verfügung gestellt werden können, sondern dass das Land hier entsprechend aktiv werden muss, um ausreichend Personal aus den unterschiedlichen pädagogischen / sozialen Professionen an den Schulen einsetzen zu können.

Mit der Idee des Bildungscampus wollen wir als Stadt dazu beitragen, dass eine Vernetzung mit bereits bestehenden Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten an den Schulen niedrigschwelliger gestaltet werden kann.

7) Wenn man Schule auf vier gesellschaftliche Funktionen:

- Betreuung und Wohlbefinden („Die Kinder!“)
- Sozialisation und soziales Leben („Das Leben!“)
- Bildungsziele und Curriculum („Der Stoff!“)
- Bewertung und Selektion („Die Abschlüsse!“)

reduzieren würde (Quelle: <https://www.joeran.de/schule-scheitern-normalzustand/#more-11185>), wäre für Sie die Rangfolge von eins (= sehr wichtig) bis vier (= weniger wichtig):

Antwort von Bündnis 90 / Die Grünen:

- (1) Betreuung und Wohlbefinden („Die Kinder!“)
- (1) Sozialisation und soziales Leben („Das Leben!“)
- (1) Bildungsziele und Curriculum („Der Stoff!“)
- (4) Bewertung und Selektion („Die Abschlüsse!“)

Mein Kommentar: In dieser Ausschließlichkeit entspricht dieses Ankreuzsystem nicht den Anforderungen einer inklusiven Schule!

Antwort der CDU:

- (1) Betreuung und Wohlbefinden („Die Kinder!“)
- (3) Sozialisation und soziales Leben („Das Leben!“)
- (2) Bildungsziele und Curriculum („Der Stoff!“)
- (4) Bewertung und Selektion („Die Abschlüsse!“)

<p>Antwort von Die Linke:</p> <p>(1) Betreuung und Wohlbefinden („Die Kinder!“)</p> <p>(2) Sozialisation und soziales Leben („Das Leben!“)</p> <p>(3) Bildungsziele und Curriculum („Der Stoff!“)</p> <p>(4) Bewertung und Selektion („Die Abschlüsse!“)</p>
<p>Antwort der FDP:</p> <p>() Betreuung und Wohlbefinden („Die Kinder!“)</p> <p>() Sozialisation und soziales Leben („Das Leben!“)</p> <p>() Bildungsziele und Curriculum („Der Stoff!“)</p> <p>() Bewertung und Selektion („Die Abschlüsse!“)</p>
<p>Antwort der Freie Wähler:</p> <p>() Betreuung und Wohlbefinden („Die Kinder!“)</p> <p>() Sozialisation und soziales Leben („Das Leben!“)</p> <p>() Bildungsziele und Curriculum („Der Stoff!“)</p> <p>() Bewertung und Selektion („Die Abschlüsse!“)</p>
<p>Antwort der SPD:</p> <p>() Betreuung und Wohlbefinden („Die Kinder!“)</p> <p>() Sozialisation und soziales Leben („Das Leben!“)</p> <p>() Bildungsziele und Curriculum („Der Stoff!“)</p> <p>() Bewertung und Selektion („Die Abschlüsse!“)</p> <p>Die Punkte sind an vielen Stellen gleichrangig. Eine klassische Rangfolge erscheint daher wenig zielführend.</p>

8) Welcher Aspekt kommt Ihnen in der öffentlichen Diskussion zum Thema Schule und Bildung zu kurz (und warum)?

Antwort von **Bündnis 90 / Die Grünen:**

- Einbindung der Schulstandorte in den Sozialraum
- Bildungsgerechtigkeit: Schule muss mehr sein als bloße Wissensvermittlung: alle Schüler*innen sollen ihre Talente entfalten können, unabhängig vom Elternhaus
- Inklusive Bildung

Antwort der **CDU:**

Die Frage der Qualität des Unterrichts und der Abschlüsse könnte stärker in den Blickpunkt rücken.

Fragen an Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel
zur Kommunalwahl am 14.03.2021

Antwort von **Die Linke:**

Viel zu kurz kommt uns in der kommunalpolitischen Diskussion um Schule, Schulentwicklung und Schulgebäude die skandalöse Tatsache, dass Bildungserfolg auch in Kassel immer noch zu einem erheblichen Maß an die soziale Herkunft geknüpft ist und dass dieses Grundübel dringend angegangen werden muss. Und gerade vor dem Hintergrund, dass in Kassel 26 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Armut leben (in Nord (Holland) 56 Prozent, in Rothenditmold 49 Prozent) , bedeutet das, dass ein erheblicher Teil dieser jungen Menschen kaum eine Chance auf gleiche Bildungschancen und langfristige soziale Teilhabe haben.

Antwort der **FDP:**

Antwort der **Freie Wähler:**

Antwort der **SPD:**

Aktuell erscheint die Frage des längeren gemeinsamen Lernens aller Kinder weniger im Fokus der öffentlichen Diskussion zu stehen. Nach Jahren teilweise hitziger Diskussionen um Schulreformen mit dem Ziel einer ausgeweiteten gemeinsamen Lernzeit (bspw. Hamburg oder Berlin) ist mit dem häufig als „Schulfrieden“ bezeichneten Stillstand in der Systemdiskussion der Weg zu einer Schule für alle leider an vielen Stellen in den Hintergrund geraten.

Wir danken den Fraktionen sehr für Ihre Antworten. Wir wissen es zu schätzen, dass es -zusätzlich zu vielen anderen Aufgaben im Wahlkampf- möglich war, unsere Fragen ausführlich und fristgerecht zu beantworten.

Hinweis: Die Antworten wurden komplett unverändert übernommen. Lediglich „fehlerhafte“ Zeilenumbrüche und Ketten von Leerzeichen wurden zur besseren Lesbarkeit korrigiert.